

Schreiben von Willy Brandt an Georges Pompidou (Bonn, 9. Oktober 1973)

Legende: Am 9. Oktober 1973 informiert Willy Brandt den französischen Präsidenten Georges Pompidou über sein letztes Treffen mit dem britischen Premierminister Edward Heath. Der deutsche Bundeskanzler bittet den französischen Präsidenten insbesondere, eine Initiative zur regelmäßigen Einberufung der Staats- und Regierungschefs zu ergreifen, um den europäischen Einigungsprozess zu beschleunigen.

Quelle: Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Bundeskanzler und Bundesregierung 1969-1974 (A 8). 51.

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten.

URL: http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_willy_brandt_an_georges_pompidou_bonn_9_oktober_1973-de-ecce8db7-931e-416c-bb85-9a6f2c027875.html

Publication date: 03/07/2013

Schreiben von Willy Brandt an Georges Pompidou (Bonn, 9. Oktober 1973)

Sehr verehrter Herr Präsident,

lassen Sie mich Ihnen zunächst für Ihr Schreiben vom 3. Oktober 1973 herzlich danken. Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die Schilderung der persönlichen Eindrücke gelesen, die Ihnen Ihr Besuch in China vermittelt hat.

Ich bin gestern von einem höchst nützlichen Wochenende in Chequers zurückgekehrt, das die Gelegenheit zu einem ausgedehnten Meinungsaustausch mit Premierminister Heath bot. Abgesehen von der Unterrichtung, die Sie auf dem üblichen Wege erhalten, möchte ich Ihnen meine Schlußfolgerungen zu einigen der bedeutsamsten Punkten, die wir behandelt haben, so rasch als möglich übermitteln. Wir waren uns darin einig, daß Ihre Anregung aus der letzten Pressekonferenz, die Staats- bzw. Regierungschefs der Neun sollten in größerer Regelmäßigkeit zur Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses zusammentreffen, von uns sehr rasch mit unseren Kollegen aufgenommen und zur Verwirklichung gebracht werden sollte. Ebenso wie ich wäre auch der Premierminister zu einem ersten Treffen in sehr naher Zukunft bereit, entweder im Zusammenhang mit den Entscheidungen, die zur Erfüllung der Beschlüsse der Pariser Gipfelkonferenz demnächst gefällt werden müssen, oder zur Formulierung neuer Ziele für die europäische Einigungspolitik im Anschluß daran. Vielleicht könnten Sie hierzu eine Initiative ergreifen. Bei der Behandlung der vor der Gemeinschaft stehenden Aufgaben stimmten wir in der Auffassung überein, daß zum Jahresende ein deutlicher Fortschritt in der weiteren Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion erwirkt werden muß, selbst wenn es kaum mehr möglich erscheint, zu diesem Zeitpunkt in eine zweite Phase im Sinne der früheren Beschlüsse einzutreten. Die Fortschritte sollten insbesondere im Bereich der stärkeren Koordinierung sowohl der Wirtschafts- als auch der Währungspolitik liegen.

Zugleich sollte ab 1. Januar 1974 ein gemeinschaftlicher Regionalfonds seine Tätigkeit aufnehmen, über dessen finanzielle Dotierung wir nicht gesprochen haben, um der Fixierung der objektiven Bedürfnisse im Kreis der Mitgliedstaaten nicht vorzugreifen. Der Premierminister stimmte meiner Anregung zu, daß das in diesen Beratungen festzulegende Volumen des Regionalfonds für einen größeren Zeitraum (etwa drei Jahre) beziffert werden könnte - damit würde den allgemein gehegten Erwartungen entsprochen -, der Gemeinschaft jedoch erst im Zuge der Ausarbeitung brauchbarer Projekte aufgrund gemeinsam zu verabschiedender Kriterien zufließt.

In diesem Zusammenhang waren wir uns auch darin einig, daß es nützlich sein könnte, wenn die Mitgliedstaaten gemeinsame Schritte zur Verbesserung der Ausgabenkontrolle in der Europäischen Gemeinschaft ergreifen würden.

Zu diesem Zweck könnte etwa die Stellung des zuständigen Mitglieds der Kommission im Sinne der Rolle eines Finanzministers in einer nationalen Regierung verstärkt und sein Votum in allen Haushaltsfragen gegenüber den Finanzministern, den Fachministerräten und dem Allgemeinen Rat mit einem besonderen Gewicht ausgestattet werden. Zugleich könnten dem Europäischen Parlament stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Ausgabenkontrolle übertragen und ein Europäischer Rechnungshof gebildet werden.

Der Premierminister wünscht, wie er mir sagte, aus europapolitischen Gründen eine rasche Rückkehr der britischen Währung in die "Schlange", schon allein um als Vollmitglied der Gemeinschaft auch in dieser Beziehung auf dem Wege zur Entwicklung einer gemeinsamen Währung seine Rolle spielen zu können. Angesichts der inneren wirtschaftlichen Entwicklung hält er den Zeitpunkt dafür allerdings gegenwärtig noch nicht für gekommen. Ich habe ihm geantwortet, daß seiner Regierung die Rückkehr offen stünde, wann immer ihr der Zeitpunkt und die Voraussetzung günstig erscheinen. Ich meine aber, wir sollten unter diesen Umständen weder die Fortschritte in der Wirtschafts- und Währungsunion noch die Einrichtung des Regionalfonds hiermit verknüpfen. Wir würden sonst jegliche Weiterentwicklung zum Schaden der europäischen Sache blockieren.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, sehr verehrter Herr Präsident, wenn Sie sich diese Überlegungen ebenfalls zu

eigen machen könnten. Der Premierminister wird sich sicherlich seinerseits auch an Sie wenden. Von der Übereinstimmung in der Orientierung der weiteren Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft zwischen uns drei hängt entscheidend ab, wie konstruktiv die nächsten Wochen und Monate für das uns allen gemeinsam am Herzen liegende Ziel der europäischen Einheit sein werden.

Ich freue mich, Sie sehr bald zu einer Fortsetzung unseres mündlichen Meinungsaustausches wieder zu sehen, dem ich, wie Sie wissen, eine so hohe Bedeutung beimesse.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr